

Von der Franco-Diktatur zu einer sozialistischen Regierung

Notizen über die aktuelle politische Situation Spaniens

Prof. Dr. Ignacio Sotelo, geb. 1936, lehrt seit 1973 Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Gemischte Gefühle aus Bewunderung und Neugierde erfassen denjenigen, der die derzeitige politische Situation Spaniens beobachtet. Bewunderung über den zurückgelegten Weg: In der so kurzen Zeit von sieben Jahren nach dem Tod General Francos im November 1975 hat es Spanien nicht nur ohne harten Bruch und schwere Erschütterungen geschafft, ein politisch-demokratisches System nach westlichem Zuschnitt aufzubauen, sondern es hat auch eine Probe seiner Funktionsfähigkeit gegeben. Die sozialistische Partei - ein Symbol des Spanien, das den Bürgerkrieg verlor-errang die Macht. Damit wurde nicht nur ein Wechsel der Regierung vollzogen. Was ebenso wichtig ist und die Tragweite der Ereignisse bestätigt, ist die Verschiebung in der regierenden „Klasse“, und zwar einmal, was die Generationen anbelangt - heute regieren die Vierzigjährigen, die nach dem Bürgerkrieg geboren und also frei von alten Belastungen sind - und zum anderen in politischer Hinsicht - heute regiert in Spanien die ehemalige demokratische Opposition gegen den Franquismus. Neugierig macht die Frage nach den Faktoren, die solch eine erstaunliche Entwicklung möglich gemacht haben: nach ihren historischen, sozialen, ökonomischen, nationalen und internationalen Hintergründen.

Als Antworten auf solche Fragen können kurzgefaßt nur Orientierungspunkte vorgelegt beziehungsweise Arbeitshypothesen formuliert werden. Dabei dürfen natürlich die Schwächemomente und die noch ungelösten Probleme mit ihren Ursachen nicht übersehen werden.

Das Scheitern der Modernisierung Spaniens in der Vergangenheit

Die wirkliche Bedeutung des Erreichten, aber auch dessen mögliche Zerbrechlichkeit kann man nicht ohne historische Perspektive abschätzen. Der wiederholte Mißerfolg der spanischen Demokratie im 19. und 20. Jahrhundert hat verschiedene Gründe, die überwiegend im „Scheitern der Modernisie-

rung" zu suchen sind. Spanien hatte sich von Europa isoliert, als dort die Ausaat begann, die später ihre Früchte im industriellen Kapitalismus trug und zu dessen angemessener politischer Struktur, dem demokratischen Rechtsstaat, geführt hat. Die Bürgerkriege, die Spanien im 19. und 20. Jahrhundert erschütterten und die in der Tragödie von 1936 gipfelten, hatten ihre Ursachen letztendlich in der Existenz von sozialen Kräften, die die Logik der modernen Industriegesellschaft mit ihren politischen Institutionen und dem Geist von Freiheit und Toleranz nicht akzeptieren. Dieser Geist setzt ein Bürgertum voraus, das in Spanien sehr schwach und vor allem regional sehr ungleich verteilt ist. Jener regionale Nationalismus, der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zuerst in Katalonien und später im Baskenland feststellen läßt, spiegelt eine kapitalistisch-industrielle Modernisierung in einigen Randgebieten mit ihren besonderen Merkmalen wider- die allerdings den größten Teil des Landes nicht erfaßte. Teile der regionalen Bourgeoisie wurden nationalistisch, ohne daß diese Verbindungen mit dem Zentralstaat gehabt hätten, der sich nach wie vor mit der traditionellen agrarischen Gesellschaft identifizierte.

Die Zweite Republik (1931 bis 1936) scheiterte ebenfalls an dem Versuch, Staat und Gesellschaft zu modernisieren. Spanien wurde in zwei verfeindete Hälften geteilt, die beide ihre eigenen sozialen Vorstellungen durchzusetzen versuchten - einmal im Sinne grundlegender revolutionärer Veränderungen, zum anderen im Sinne eines starren Festhaltens am traditionellen agrarischen Modell - und gegen jegliche Errichtung demokratischer Strukturen und Institutionen, die Verhandlungen über den Abbau der Differenzen zwischen den Fronten ermöglicht hätten. Es blieb kein anderer Ausweg als der Bürgerkrieg. In der zweiten Hälfte der Franco-Diktatur, d.h. ab 1959, begann der Modernisierungsprozeß, allerdings mit besonderen Merkmalen und in einem sozialen und politischen Kontext, den man nur sehr schwer als positiv für eine spätere demokratische Entwicklung ansehen kann.

Grundsätzlich läßt sich das wiederholte „Scheitern der Demokratie" wohl am ehesten mit dem Fehlen der autonomen Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft - Art des Aufbaus, Mentalität, Lebensweise - als auch dem Fehlen einer autonomen staatlichen Entwicklung - Universalität, effektive Bürokratie - erklären: Es finden sich viele Merkmale, die nicht zu einer modernen Gesellschaft oder einem modernen Staat passen. Der Mangel an Modernität macht sich in der Vorherrschaft des Partikularismus bemerkbar, ein charakteristisches Merkmal für eine Gesellschaft und für einen Staat, denen die spezifische Universalität der modernen Gesellschaft fehlt. Die „Modernisierung"¹¹ während der Franco-Diktatur brachte einen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß in Gang, der die allgemeinen Interessen keineswegs berücksichtigte, sondern sie lediglich als Instrument benutzte. Die Wirtschaft moder-

nierte sich im Schlepptau äußerer Kräfte, gegen den Willen des Regimes. Die daraus folgende industrielle Struktur, die auf partikulären eigenen und allgemeinen internationalen Interessen basiert, erwies sich als untauglich, einen bestimmten Wachstumsgrad zu erzielen und verstärkte geradezu die Krisensituation. Was die Spanier dann am meisten überraschte, war nicht, daß der ideologische, politische und syndikalistische franquistische Apparat wie ein Kartenhaus zusammenfiel (ihn hatten sowieso nur wenige ernst genommen), sondern die Tatsache, daß die überkommene ökonomische Struktur so wenig solide war.

Damit sind die beiden großen historischen Probleme aufgezeigt, die auch für die Übergangszeit kennzeichnend waren und die weiterhin bestehen. In erster Linie ist es die noch schwache industrielle Struktur, die aus der Entwicklung der letzten 25 Jahre resultiert. Spanien weist die besonderen Charakteristika eines spät industrialisierten Landes auf. Es nutzte Impulse von außen und importierte Technologie und Kapital. Das wirtschaftliche Schicksal Spaniens hängt - mehr als dies für Länder mit industrieller Tradition gilt - von äußeren Faktoren ab. Die Reaktion auf die weltweite Wirtschaftskrise und insbesondere die Vorbereitung auf den Eintritt in die EG haben die enorme Zerbrechlichkeit dieser Wirtschaft sichtbar gemacht.

Das andere Schlüsselproblem des heutigen Spanien rührt vom Scheitern des Liberalismus des 19. Jahrhunderts her, das den Aufbau eines echten Nationalstaates, der einer modernen kapitalistischen Gesellschaft angemessen ist, verhinderte. Bis heute hat, wenngleich inzwischen in raschem Zerfall begriffen, ein staatlicher Apparat überlebt, der aus einer Vielzahl vormoderner Formationen zusammengesetzt ist, die jede einen Staat im Staate darstellt. Das wird beim Militär in dramatischer Weise deutlich, obwohl es vielleicht nicht der am stärksten entstabilisierende Faktor ist. Die spezielle Aufgabe des Militärs verleiht ihm in allen Ländern eine besondere Rolle, und in vielen Fällen, man denke an das Beispiel Frankreich, hat es eines langen Kampfes bedurft, um seine vollkommene Unterwerfung unter die Zivilgewalten zu erreichen. Die Rolle des Militärs als einer „faktischen Macht“ mit außerordentlichem Einfluß bezeichnet die beträchtliche Distanz, die Spanien immer noch von der Europäischen Gemeinschaft trennt, in die es eintreten will. Der Militarismus ist ein typisches Phänomen von Übergangsgesellschaften, was sich insbesondere in der „Dritten Welt“ immer wieder zeigt. Diese Tatsache scheint stets direkt mit der Unfähigkeit des Landes zusammenzuhängen, seine fundamentalen Probleme selbst zu lösen.

Ob der Putschversuch der Militärs vom 23. Februar 1981 das Ende einer langen Geschichte der „Aufstände“ und Bürgerkriege markiert, wird nicht zu-

letzt davon abhängen, ob die jetzige spanische Demokratie imstande ist, wirtschaftliche Probleme und die nicht weniger schwierigen Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Staates stehen, zu lösen. Ebensoviele hängt es von dem guten Funktionieren des „Autonomie-Statuts“¹ ab - des Modells eines „fast“ föderalen Staates, das in der spanischen Verfassung von 1978 festgeschrieben ist - wie von der Reform der öffentlichen Verwaltung, die die Modernisierung, die Effizienz und die Dezentralisierung, das freie Zusammenleben der verschiedenen spanischen Regionen vorsieht. Dies sind unumgängliche Voraussetzungen für die endgültige Festigung der Demokratie. ,

Theoretisch gibt es sehr verschiedene Staatsformen: die zentralistische, autonom-dezentralistische, föderalistische. In Spanien, mit seiner besonderen Geschichte und den klaren zentrifugalen Tendenzen einiger Regionen, kann die Staatsform nur so föderal sein, wie es die „faktischen Mächte“ zulassen. Wegen der immanenten Schwäche des franquistischen Staates, der in seinen Ansprüchen zwar zentralistisch und autoritär, tatsächlich gegenüber partikularen Interessen jedoch - gemäß seinem vormodernen Charakter - korporativistisch, inhomogen und tolerant war, sind im Baskenland und -geringfügiger- in Katalonien Unabhängigkeitstendenzen aufgetaucht, die, obwohl nur von Minderheiten getragen, zunehmend an Bedeutung gewannen. Der franquistische Staat wurde dort nicht nur allgemein wegen seiner gesellschaftlichen Struktur und Handlungsunfähigkeit in Frage gestellt, sondern ganz direkt und frontal durch bewaffnete Gruppen, die, wie im Baskenland, versuchten, einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Die Befriedung des Baskenlandes, eine politische Frage von höchster Brisanz, kann erst gelingen, wenn das „Autonomie-Statut“ in Kraft tritt, das in der Verfassung vorgesehen ist. Spanien braucht nicht nur die 1978 geschaffene Verfassung, sondern etwas, das sehr viel schwerer zu erreichen ist: einen neuen Staat, der mit dieser Verfassung verwurzelt ist und mit ihr übereinstimmt. In den Bemühungen, den franquistischen Staat an die Verfassung anzupassen, sind die früheren Mitte-Rechts-Regierungen gescheitert - an dieser erheblichen Herausforderung wird sich die jetzige sozialistische Regierung messen lassen müssen.

Das „historische Vermächtnis“ als Grundlage des demokratischen Wiederaufbaus

Nach der ersten demokratischen Wahl am 15. Juni 1977 ist das Konzept des „historischen Vermächtnisses“ populär geworden. Das „historische Vermächtnis“, in dem die PSOE (Partido Socialista Obrero Español, Sozialistische Ar-

¹ Das Autonomie-Statut regelt die föderale Gesetzgebung. Es räumt den Regionen eine größere Unabhängigkeit vom Zentralstaat ein.

beiterpartei Spaniens) als Partei eine besondere Rolle spielt, erklärt teilweise ihren Wahlerfolg, besonders im Vergleich mit den anderen, neugegründeten sozialistischen Parteien, die versuchten, mit ähnlichen Programmen politisches Terrain zu gewinnen. Allein die Vielzahl der sozialistischen Parteien, die in den letzten Jahren des Franquismus entstanden, war ein Zeichen dafür, daß die alte PSOE vor ihrer Erneuerung 1974 zu viele Lücken für andere Gruppierungen offengelassen hatte, die sich „rein“ sozialistisch fühlten, keine „sozialdemokratischen“ Kompromisse akzeptierten und sich mit dem zunehmenden Nationalismus an der Peripherie verbanden. Die erneuerte PSOE behielt dann schließlich doch die Oberhand. Sei es, weil sie rechtzeitig eine relativ radikale Einstellung übernahm, sei es, weil sie den nationalistischen Impuls aufnahm oder sei es dank des „historischen Vermächtnisses“, in dem sie für die traditionell fortschrittliche und demokratische Partei steht.

Dieses „historische Vermächtnis“ ist ausschlaggebend für das Verständnis des Sieges der PSOE über die sozialistischen Parteien mit ähnlichen Programmen oder über die kommunistische Partei (PCE), die in den letzten Jahren des Franquismus als Organisation durchaus stärker in der Gesellschaft verankert war. Dieses „historische Vermächtnis“ ist auch ein entscheidendes Kriterium für die Analyse des Übergangs zur Demokratie in Spanien zwischen 1976 und 1982. Sein theoretischer Wert und Hintergrund kann hier nicht behandelt werden. Der Begriff soll für jenes kollektive Bewußtsein einer gelebten Vergangenheit stehen, das das politische Verhalten einer Generation prägt. So wie man die ersten Schritte der Bundesrepublik wie auch die zentralen Bestandteile ihrer Verfassung, des Grundgesetzes, nicht ohne das „historische Vermächtnis“ der Weimarer Republik verstehen kann, so wird durch das „historische Vermächtnis“ Spaniens - die Erfahrung der Zweiten Republik und des Bürgerkrieges (1931 bis 1936) - dort der Weg zum Übergang bereitet.

Der Demokratisierungsprozeß in Spanien hat sich ohne Unterbrechung der rechtskräftigen Legalität vollzogen. In jeder Phase blieb der „Konsens“ des breiten Spektrums der politischen Kräfte von rechts bis links erhalten, ausgeschlossen waren nur die ultrarechten Faschisten und die ebenso gewalttätigen ultralinken Revolutionäre - letztendlich wegen des „historischen Vermächtnisses“ des Bürgerkrieges. Bei allen handelnden politischen Kräften von rechts oder von links gab es immer einen klaren Orientierungspunkt: unter allen Umständen einen neuen Bürgerkrieg zu vermeiden. Von allen unterschiedlichen Faktoren, die die politische Entwicklung beeinflussten, ist dieser wohl der entscheidende.

Aber von diesem „historischen Vermächtnis“ leitet sich nicht nur das allgemeine Verhaltensprinzip ab, auf jeden Fall eine Konfrontation zu vermeiden,

sondern auch die Verpflichtung für jede soziale Gruppe, jede Institution, jede politische Partei, in ihre Vergangenheit zurückzublicken, um die Fehler, die gemacht wurden, zu vermeiden. Nach einem Bürgerkrieg kann keine Gruppe, keine Partei, keine soziale Kraft ein ruhiges Gewissen beanspruchen: Weder kann das die Krone, noch die katholische Kirche, weder das Militär, noch die herrschenden Klassen, aber ebensowenig können es die linken Parteien, die Gewerkschaften und die übrigen Arbeiterorganisationen. Wenn jede soziale Klasse, jede Institution, jede Partei nur das eigene kurzfristige Interesse vor Augen hat und nach der destruktiven Dialektik des „Alles-oder-Nichts“ handelt, so ist das eine Katastrophe für die Allgemeinheit. Vorwärtsgehen heißt, Kompromisse zu akzeptieren, die die vitalen Interessen aller Teile ernst nehmen. 1936 überwog die Logik des Alles-oder-Nichts, es setzte sich das Gesetz der Gewalt durch. Nachdem man die schwerwiegenden Konsequenzen dieser Logik erlebt hatte, nach einem Bürgerkrieg und nach vierzig Jahren Diktatur, waren die Sieger und die Besiegten einig, daß es nur den Weg über Verhandlungen und Kompromisse geben darf: Spanien war reif für die Demokratie.

Als eine Voraussetzung der friedlichen Demokratisierung galt der Wille des Königs, sie voranzutreiben. In der Nacht des 23. Februar 1981, als sich Teile des Militärs und der Guardia Civil erhoben und den Kongreß und die Deputiertenkammer besetzten, bestätigte sich diese Vermutung. Auch die Krone als Institution orientierte sich an dem „historischen Vermächtnis“ und beherzigte damit eine grundsätzliche Erfahrung: daß Diktatur und Monarchie unvereinbar sind. Der Großvater des jetzigen Königs, Alfonso XIII., verlor seine Krone im April 1931, weil er den Militärputsch zehn Jahre zuvor tolerierte, ja sogar unterstützte. Alfonso XIII. besiegelte sein persönliches Schicksal und das der Institution, die er verkörperte, als er den Staatsstreich von General Primo de Rivera unterstützte. Die Diktatur General Francos bestätigte das Prinzip der Unvereinbarkeit von Monarchie und Diktatur. Obwohl der franquistische Aufstand vom 18. Juli 1936 zunächst keine andere Perspektive als die der Wiederherstellung der Monarchie eröffnete, stand eben der erfolgreiche Diktator dieser Perspektive in den folgenden Jahrzehnten im Wege. Die historische Erfahrung dieses Jahrhunderts hat die Institution Monarchie mit dem demokratischen Regime verbunden. Sowohl Krone wie Gesellschaft leben mit der Vorstellung, daß die Monarchie so lange wie die Demokratie existieren wird. Die antimonarchistischen Kräfte auf der rechten wie auf der linken Seite sind gleichzeitig die antidemokratischen. Die Symbiose der Krone mit dem demokratischen Regime ist eine weitere Besonderheit der spanischen Geschichte und eines Demokratisierungsmodells, das nicht auf andere Länder übertragbar ist.

Auch die Linke - die sozialistische und die kommunistische Partei - ist immer bemüht, die Fehler, die sie während der Zweiten Republik begangen hat, nicht zu wiederholen. Nichts ist zerstörerischer, als eine revolutionäre Rhetorik mit einem einfältigen, untauglichen Reformismus zu verbinden, wie sie es in der Republik tat. Inzwischen wird auf Drohungen und leere revolutionäre Reden verzichtet, werden Kompromisse eingegangen, die die Position der Linken stärken. Die Linke stellt sich in Sprache und Handlungsweise auf das sozial und politisch Erreichbare ein. Die direkte Konfrontation zwischen der Katholischen Kirche und den linken Parteien, die in der Zweiten Republik zur Katastrophe geführt hat, fand in der Übergangsphase nicht mehr statt. Sowohl die Kirche als auch die Linke haben, immer mit Hilfe der Erinnerung an die Vergangenheit, sehr vorsichtig eine Konfrontation vermieden. Das versöhnliche Auftreten der Linken gegenüber der Kirche hat sie nicht davon abgehalten, einige ihrer Forderungen zu realisieren - so das Scheidungsgesetz und die Abtreibung in besonderen Fällen. Andere Entscheidungsprozesse, etwa über das öffentliche Erziehungswesen und die Frage der staatlichen Finanzierung der kirchlichen Schulen, stehen noch aus.

Viel komplizierter und gespannter sind die Beziehungen zwischen dem Militär und den politischen Kräften, die die Wende herbeigeführt haben. Es ist leicht vorstellbar, daß das Militär, das aus dem Bürgerkrieg entstand und sich 40 Jahre lang mit dem Franco-Sieg identifizierte, es nun sehr schwer hatte zu akzeptieren, was es eigentlich immer bekämpft hatte: die parlamentarische Demokratie mit einem freien Mehrparteiensystem.

Die Legalisierung aller Parteien, einschließlich der kommunistischen, war für die Funktionsfähigkeit des Systems notwendig. Aber die Legalisierung der Kommunistischen Partei zu akzeptieren, den offiziellen und erklärten Feind der Franco-Armee, war für das Militär ohne Zweifel eine bittere Pille, die nicht so einfach zu schlucken war und nicht wenig Kopfzerbrechen mit sich brachte. Man muß sagen, daß alle Parteien und insbesondere die linken Parteien, die Armee mit sehr viel Takt behandelten, immer darauf bedacht, deren bevorzugte Stellung unter dem alten Regime in keiner Weise anzutasten. Der Artikel 8 der Verfassung ratifiziert diese Position und sichert somit einen bleibenden Bestandteil des Franquismus - das unterscheidet die spanische Demokratie von allen anderen westlichen Demokratien - aber jedes Volk hat seine eigene Geschichte. Noch schwerwiegender, aber nicht weniger symptomatisch ist, daß es nicht einmal der neuen sozialistischen Regierung bisher gelungen ist, die wenigen Offiziere, die wegen ihrer demokratischen Haltung am Ende des franquistischen Regimes aus der Armee ausgeschlossen wurden, wieder zu integrieren. Sie hatten die illegale Organisation „Demokratische Offiziere“ (UDM) gegründet. Eine Generalamnestie führte zwar dazu, daß kein Franco-Gefolgs-

mann wegen seines Verhaltens während des Franquismus zur Verantwortung gezogen wurde; daß alle politischen Gefangenen frei kamen; daß diejenigen wiederingestellt wurden, die ihre Stelle wegen ihrer demokratischen Haltung verloren hatten. Von dieser Amnestie blieben jedoch die „Demokratischen Offiziere“ ausgeschlossen. Die Militärjustiz wurde zwar reformiert, das alte Privileg einer militärischen Rechtsprechung in Friedenszeiten und sogar für Rebellionsdelikte, die von Offizieren begangen werden, blieb jedoch erhalten. Während die parlamentarischen Parteien in ihrer Beziehung zur Armee äußerst tolerant waren, wurde angesichts der Ereignisse des 23. Februar 1981 und vor allem bei den militärischen Prozessen gegen die Schuldigen des gescheiterten Putsches klar, daß es nicht wenige Militärs gibt, die *ihrer* fixen Idee des „historischen Vermächtnisses“ nachhingen, die für sie mit der Verschwörung gegen die Republik identisch ist. Sie sehen die Ereignisse von heute so, als befänden wir uns im Jahre 1936. und sie hegen wohl die heimliche Hoffnung nach der Auferstehung General Francos.

Entwicklung und Konsolidierung der Demokratie

Natürlich genügt es nicht, sich auf das „historische Vermächtnis“ zu beziehen, um den Demokratisierungsprozeß genauer zu erklären, der in Spanien mit sehr viel Erfolg vollzogen wurde und wird. Ohne den erreichten sozialökonomischen Entwicklungsstand und ohne die günstige internationale Lage wäre dieser Prozeß, wenn nicht unmöglich, so doch sehr viel schwieriger gewesen. Es ist jedoch angebracht, sich von jenem politikwissenschaftlichen Modell der 50er Jahre zu lösen, das den sozioökonomischen Entwicklungsgrad mit dem demokratischen System in direkte Beziehung setzt, als ob der Kapitalismus, wenn er ein bestimmtes Niveau erreicht hat, von selbst die Demokratie mit sich bringt.

Nicht zuletzt das Beispiel Lateinamerikas hat in den letzten Jahrzehnten gelehrt, solche Prozesse differenzierter zu betrachten. Ökonomisches Wachstum kann, indem es die Klassegegensätze verschärft, durchaus zu antidemokratischen Prozessen mit autoritär-bürokratischem Charakter führen.

Es gibt viele Gründe dafür, daß der friedliche Übergang zur Demokratie in Spanien zum Erfolg wurde: *Erstens*: Der Industrialisierungsprozeß, der sich noch in der zweiten Phase des Franquismus (1959 bis 1975) vollzog sowie die allgemeine ökonomische Entwicklung veränderten die spanische Gesellschaft radikal von einer überwiegend agrarischen in eine industrialisierte. *Zweitens*: Dieser wirtschaftliche und soziale Modernisierungsprozeß war stark von außen beeinflußt und öffnete das Land nach außen; es floß reichlich ausländisches Kapital ins Land, der Tourismus stieg rasch an, viele Arbeitskräfte wanderten

aus und brachten neben den Devisen europäische Erfahrungen mit zurück. Das vertiefte den Abgrund zwischen System und offizieller Ideologie - dem für eine unterentwickelte Agrargesellschaft typischen katholisch-konservativen Nationalismus - und den neuen sozialen und ökonomischen Gegebenheiten. *Drittens*: Die dynamischen Sektoren des spanischen wie des internationalen Kapitalismus setzten auf das demokratische System, das ihren Interessen auf mittlere oder lange Sicht entspricht. Die schwierige und schmerzhaftige Anpassung der spanischen Wirtschaft an die europäische Gemeinschaft kann - wenn auch mit nur geringen Erfolgsaussichten - immer noch eine nationalistische, konservative und autoritäre Reaktion hervorrufen, insbesondere bei den wirtschaftlich benachteiligten Sektoren. Die internationale Konjunktur, die sich von jener der 30er Jahre erheblich unterscheidet, begünstigt die Entwicklung und Konsolidierung der Demokratie in Spanien.

Das „Bündnis für die Reform“, die treibende Kraft des Reformkurses

Nach dem überwältigenden Sieg der Sozialisten am 28. Oktober 1982 ist immer wieder eine Erkenntnis formuliert worden, die auch durch häufige Wiederholung nichts von ihrem Wahrheitsgehalt eingebüßt hat: Wie klug war doch das spanische Volk zur Stunde der Wahl - gemessen an der Unfähigkeit und dem Opportunismus der Politiker Spaniens. 1977. bei der ersten demokratischen Wahl, entschied man sich für die „Reform“, aber es zeichnete sich klar ab, daß nicht wenige den „Bruch“ wollten. Mit den Wahlen vom März 1979 wurde das „Bündnis für die Reform“² endgültig bestätigt. 1982 hat eine überwiegende Mehrheit sich dann klar für den Wechsel, den die Sozialisten anboten, entschieden. Diese Änderung des Wähler votums darf man nicht als unreife Unbeständigkeit interpretieren. Ganz im Gegenteil: Die Situation war derart „faul“, daß gar keine andere Wahl blieb; die Alternative lautete: untergehen oder Strukturen verändern. Der sozialistische Sieg vom 28. Oktober war einfach ein Schrei nach Leben. Das spanische Volk hat ohne Hemmung seinen ungebrochenen Willen demonstriert, in Frieden und Freiheit zu leben. Das bedeutet in der derzeitigen spanischen Situation, Veränderungen zu wollen.

Man braucht nicht subtile Doktrinen an den Haaren herbeizuziehen, um den sozialistischen Sieg zu erklären. Die Ursachen liegen auch in der mangelhaften Alternative, die lautete: Einfrieren des Übergangs in seiner aktuellen Phase und dann den Rückwärtsgang einlegen. Und noch jedesmal, wenn eine der antidemokratischen Fronten mit allen Kräften „Dampf gemacht“ hat, hat das spanische Volk mehrheitlich die Konsolidierung der Demokratie auf dem einzig möglichen Weg, dem der beständigen Fortentwicklung, gewählt und

² Absprache zwischen unterschiedlichen sozialen und politischen Kräften zur Weiterführung des Reformkurses.

sich damit für die notwendigen Veränderungen auf dem Weg zum Ziel entschieden. Das spanische Volk hat sich in einer bedrängten Situation und trotz wachsender Drohungen gegen die demokratischen Institutionen für die Demokratie entschieden. Drei entscheidende Faktoren sind an diesem Ergebnis beteiligt: die verantwortungsvolle Politik der PSOE, die jederzeit die Verteidigung des demokratischen Staates über das parteipolitische Denken stellt; die Schwäche der Mitte-Rechts-Regierung gegenüber umstürzlerischen Drohungen; die Auflösung der Partei an der Macht, der UCD (Union Centro Democrático. Demokratisches Zentrum), nachdem sie ihr politisches Feld den alten konservativen Kräften überlassen hatte.

Nach dem Putschversuch vom 23. Februar 1981 war der einzige Weg zur Konsolidierung der Demokratie eine Koalitionsregierung aus UCD und PSOE, die einerseits fähig war, die Umsturz-Gefahr unter Kontrolle zu bekommen, die andererseits stark genug war, die Entwicklung der Verfassung voranzutreiben. Die Sozialisten waren sich bewußt, wie hoch der politische Preis für diese Koalition sein würde, dennoch schlugen sie sie immer wieder vor. Vielleicht wird der scheidende Präsident, Calvo Sotelo, eines Tages erklären, warum er sich damals gegen diese einzig vernünftige Lösung stemmte. Anstatt sich an die Spitze einer Koalitionsregierung zur Stärkung der Demokratie zu stellen, optierte er für eine zweideutige und schwache Politik, die im Zweifelsfalle immer bereit war, mit der alten Rechten zu kooperieren. Es hatte den Anschein, als wäre der Präsident überzeugt gewesen, daß der gescheiterte Putsch die unüberschreitbare Grenze für den Demokratisierungsprozeß markiert hätte und daß nur mit einer Politik der Zurückhaltung die verfassungsmäßige Ordnung, wenn auch nur formal, zu retten gewesen wäre. Bewußt oder unbewußt - niemand hat so hart und mit so viel Eifer und Ausdauer für die Stärkung der harten Rechten in Gestalt von „Allianza Popular“ gearbeitet wie Calvo Sotelo. Da es sich um den Präsidenten einer Minderheitsregierung und späteren Parteivorsitzenden der UCD handelte, führte diese Politik zur Selbstauflösung dieser Partei, und es ist vielleicht das erste Mal gewesen, daß einer Partei an der Macht geschah. Angesichts der schwankenden und selbstmörderischen Zweideutigkeiten der Mitte blieb keine andere Wahl als die Sozialisten: Die demokratischen Stimmen der UCD wie der PCE gingen als Block in die PSOE. Die spanische Gesellschaft der achtziger Jahre hatte einen Grad der Reife erreicht, der kein anderes als ein demokratisches Regime erlaubt.

Die Rolle der Gewerkschaftsbewegung beim Demokratisierungsprozeß

Welche Rolle spielte die Arbeiterklasse und welche die Gewerkschaftsbewegung unter diesen Umständen? Die wirklich Besiegten des Bürgerkrieges, die städtische Arbeiterklasse und die Bauern, waren die Zielscheibe des fran-

quistischen Regimes in seiner ersten Phase gewesen. Die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen waren nicht nur verboten worden, sie wurden auch einer brutalen, in der europäischen Geschichte einmaligen Repression ausgesetzt. Dem Regime gelang es, die alten gewerkschaftlichen Organisationen der Anarchisten (CNT) und der Sozialisten (UGT) vollkommen zu vernichten. Man kann nicht ohne weiteres eine Kontinuität zwischen den Arbeiter-Organisationen der Vorkriegszeit und jenen feststellen, die in der Demokratisierungsphase von 1976 entstanden sind, wenngleich sie die gleichen Namen tragen und auf eine lange kämpferische Tradition zurückblicken. Die Arbeiterbewegung in ihrer jetzigen Ausprägung nahm einen deutlichen Aufschwung durch den raschen Industrialisierungsprozeß der 60er Jahre, der die Liberalisierung des wirtschaftlichen Systems und die Integration in das westliche System mit sich brachte. Zunächst stellte sie spontan die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse nach besseren Löhnen, nach Streikrecht und nach freien Gewerkschaften. Sie organisierte sich als „Arbeiter-Kommissionen“ in Fabriken und Bergwerken, um die Konflikte auszutragen.

Die Kommunistische Partei hatte in der Vorkriegszeit keine eigene Gewerkschaftsbewegung. Sie übernahm aus dem Untergrund später schließlich die Leitung der „Arbeiter-Kommissionen“ (Comisiones Obreras, CC.OO.) - unter Anerkennung der Spielregeln der franquistischen Gesetzgebung. Der sozialistischen UGT, die jede Art der Zusammenarbeit mit den franquistischen Gewerkschaften ablehnte, gelang es zunächst nicht, ihre alte Mehrheitsposition wiederherzustellen.

Kurz vor Francos Tod wies die Gewerkschaftsbewegung Merkmale auf, die sich von denen in der Zeit der Republik grundsätzlich unterschieden. Erstens hatten die Anarchisten, die in der Zeit der Zweiten Republik eine so problematische Rolle spielten, ihren ganzen Einfluß verloren. Er beschränkte sich nun auf marginale Bereiche, die sich ausschließlich mit ihren internen Kämpfen beschäftigten. Das anarchistische Spanien ist aus der Geschichte ausgestiegen. Zweitens stellten die „Arbeiter-Kommissionen“, die von den Kommunisten kontrolliert werden, eine starke gewerkschaftliche Kraft dar, die die der Anarchisten und Sozialisten überwog. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist es wichtig festzustellen, daß die Kommunistische Partei Spaniens der 70er Jahre in ihrer Untergrund-Organisation sehr wenig mit der rigiden und dogmatischen alten Partei aus stalinistischer Zeit gemein hatte. Der Erfolg der Kommunisten beruht darauf, daß sie sich den ökonomischen und sozialen Forderungen der neuen Arbeiterklasse widmeten und von alten revolutionären Perspektiven abließen. Die beherrschenden Gewerkschaftsformationen der Übergangszeit, CC.OO. und UGT, zeichneten sich dadurch aus, daß sie in erster Linie ökonomische Forderungen stellten und nur theoretisch und programmatisch die eta-

blierte sozialökonomische Ordnung in Frage stellten. War die Arbeiterbewegung vor dem Bürgerkrieg revolutionär - theoretisch wie praktisch in den anarchistischen Organisationen, mehr rhetorisch als in der Praxis bei den Sozialisten - so ist die neue kommunistische oder sozialistische Gewerkschaftsbewegung ökonomistisch und reformistisch und akzeptiert als Vorbild die Gewerkschaften der entwickelten kapitalistischen Länder.

Das rasche spanische Wirtschaftswachstum und die Politik der Öffnung in den Jahren 1959 bis 1976 reduzierte die Opposition auf eine Handvoll Intellektueller, auf die Studentenschaft und, als einziger beträchtlicher Kraft, die Arbeiterklasse. Die „Demokratische Opposition“ war weder stark genug die Diktatur zu zerstören, noch, nach dem Tode Francos, den „demokratischen Bruch“ durchzusetzen. Das Regime hatte sich, wie vorgesehen, mit der Installation bzw. Restaurierung der Monarchie in der Person des Prinzen Juan Carlos, selbst bestätigt. In der ersten Hälfte des Jahres 1976 protestierte nennenswert nur die Arbeiterschaft gegen die Fortsetzung des Regimes in seinem neuen monarchistischen Kleid. Protest gab es außerdem nur vom peripheren Nationalismus aus Katalonien und dem Baskenland, der bis in die Bourgeoisie dieser Regionen hineinreicht und nicht mehr bereit war, auf Autonomie zu verzichten. Der Übergang vollzog sich schließlich mittels eines Bündnisses mit den politischen Kräften des Regimes, die zum Dialog bereit waren. Das war der einzige Weg, die Substanz ihrer Positionen zu retten und gleichzeitig die „demokratische Opposition“ einzubinden. Dies gelang aber nur dank der Unterstützung der Arbeiterklasse und des peripheren Nationalismus, die die einzigen wirklich antifranquistischen Kräfte darstellten.

Wenn die Arbeiterklasse, ihre politischen Organisationen und die Gewerkschaften das Schwergewicht des Kampfes gegen die Diktatur getragen hatten und es ihre Streiks und Demonstrationen waren, die schließlich das Regime 1976 zwangen, einen gemeinsamen Weg aus der Agonie des Franquismus zu suchen, so war es auch die Arbeiterbewegung, die solche Konflikte vermieden hat, die die schwache und junge Demokratie gefährdet hätten. Da das Bündnis und der Kompromiß, der „Konsens“, in der Politik die Regel waren, entschied sich die sozialistische Gewerkschaft UGT für den Weg der „konzertierten Aktion“ von drei Instanzen - der Regierung, der Unternehmen und der Gewerkschaften. Diese Haltung hat dazu geführt, daß sich die UGT innerhalb von sieben Jahren zur wichtigsten Gewerkschaft des Landes entwickelt hat, wichtiger als die „Arbeiter-Kommissionen“, die von einer sehr viel solideren Grundlage ausgehen konnten und die sich gezwungen sahen, eine ähnliche Politik zu betreiben. Die Schwäche der spanischen Demokratie und der Gewerkschaften - der Organisationsgrad ist eher gering und liegt insgesamt bei ungefähr 40 Prozent - ließ nur eine Politik vernünftig erscheinen: Verhandlungen mit den Unternehmen bei gleichzeitiger Unterstützung durch die Regierung.

Vom 1. bis 5. Juni 1983 wurde in Madrid der 33. Congreso Confederal der UGT abgehalten, auf dem die sozialistische Gewerkschaft die schwierige Aufgabe hatte, eine unabhängige und dennoch solidarische Politik mit der sozialistischen Regierung zu entwerfen. Da die Politik der „konzertierten Aktion“ ein so gutes Ergebnis bei Mitte-Rechts-Regierungen hatte, ist es nur natürlich, daß auch mit einer sozialistischen Regierung dieser Weg weitergegangen werden soll: Die sozialistische Gewerkschaftszentrale der UGT akzeptiert eine Politik des Maßhaltens, der Solidarität mit den Arbeitslosen ebenso wie mit der Regierung, aber sie verlangt sichtbare Zugeständnisse für die Arbeiterschaft, höhere Zahlungen für die Arbeitslosenunterstützung, bessere medizinische Versorgung, bessere Ausbildungsbedingungen, Erhöhung der Renten, Mietzuschüsse usw.

Der Wandlungsprozeß braucht Zeit

Die bruchlose Kontinuität, in der sich der Regierungswechsel von der Rechten zur Linken vollzogen hat, wurde noch nicht ausreichend betont. Der Regierungswechsel hat in Spanien eine ganz besondere Bedeutung gehabt, bedingt durch die tragische Vergangenheit des Bürgerkrieges, die einer demokratischen Wandlung entgegenstand. Vor kaum zwei Jahren gab es noch viele Menschen, die für den Fall einer sozialistischen Machtübernahme schwere Spannungen oder sogar einen Zusammenbruch vorhersagten. Es ist ein unbestreitbares und noch nicht hinreichend gewürdigtes Verdienst der jetzigen Regierung, daß sie mit viel Fingerspitzengefühl und fast lautlos die Regierung übernommen hat. Mit unzweifelhaftem Erfolg wurde der sinnlose Versuch aufgegeben, den riesigen Arbeitsanfall in 100 Tagen zu bewältigen. Nach einem Jahr hatte sich die Überzeugung durchgesetzt, daß der Wandlungsprozeß Kontinuität und Zeit brauche. In dieser Situation dürfte die größte Tugend der Regierung darin liegen zu wissen, daß sie Bestand haben wird und es keinen Grund gibt, überstürzt zu handeln.